

📅 Donnerstag, 10.10.2019 - 18:00 ⏱ 2 min

Entschlossener gegen antisemitische Hetze vorgehen

Nach dem blutigen Attentat von Halle hat Monika Bunk, Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Marburg, im Gespräch mit dieser Zeitung gefordert, dass der Staat antisemitischer Hetze stärker entgegentritt.



Von *Klaus P. Andrießen*
Redakteur Gladenbach



Die Jüdische Gemeinde Marburg sieht in dem höchstwahrscheinlich antisemitisch motivierten Attentat von Halle mit zwei Toten und zwei Schwerverletzten die Folge einer seit Jahren deutlich zunehmenden antisemitischen und rechtsextremen Hetze. Foto: Archiv

MARBURG - Die Jüdische Gemeinde Marburg sieht in dem höchstwahrscheinlich antisemitisch motivierten Attentat von Halle mit zwei Toten und zwei Schwerverletzten die Folge einer seit Jahren deutlich zunehmenden antisemitischen und rechtsextremen Hetze. Der Staat müsse mehr tun, um dieser Entwicklung entgegenzutreten, betonte am Donnerstag Gemeindevorstandsmitglied Monika Bunk im Gespräch mit dieser Zeitung.

Zwar fühlten sich die Gemeindemitglieder in der Stadt Marburg und in ihrem gesellschaftlichen Umfeld "nicht unsicher", sagte Monika Bunk. Dennoch habe es etwa im gesamten Landkreis Marburg-Biedenkopf schon im vergangenen Jahr rund 20 antisemitische Vorfälle gegeben, die eine Anzeige nach sich zogen.

Hakenkreuzschmierereien habe es jüngst auch im Stadtteil Wehrda gegeben und im Garten des Gedenkens am Standort der in der Nazizeit durch einen Brandanschlag zerstörten Marburger Synagoge wurden Hitler-Schnitzereien angebracht. Bunk: "Ich kann das Gerede über Einzeltäter längst nicht mehr hören. Es gibt immer ein Umfeld, über das jemand davon erfahren hat, so etwas fällt doch nicht vom Himmel."

Fotos



Die Jüdische Gemeinde Marburg sieht in dem höchstwahrscheinlich antisemitisch motivierten Attentat von Halle mit zwei Toten und zwei Schwerverletzten die Folge einer seit Jahren deutlich zunehmenden antisemitischen und rechtsextremen Hetze. Foto: Archiv

Mon
Foto

Genauso sieht Monika Bunk auch die Debatte über den Attentäter in Halle. Wie schon sein Vorgänger im neuseeländischen Christchurch beziehe sich der Täter bei seinen tatbegleitenden Äußerungen auf die rechtsextreme Hetze gegen Juden und Muslime. Während in Marburg jüdische Einrichtungen bei Veranstaltungen regelmäßig durch die Polizei geschützt werden, hält es Bunk für ein schweres Versäumnis, dass in Halle offenbar am höchsten jüdischen Feiertag die Synagoge ohne Polizeischutz war. "Vielleicht wäre dann der Täter gar nicht erst gekommen oder zumindest hätte man ihn stoppen können", sagte Monika Bunk. Gerade vor dem Hintergrund, dass in den neuen Bundesländern rechtsextreme Strömungen besonders stark in Erscheinung treten, sei das unbegreiflich. Aber wenn auch die jüdische Gemeinde in Marburg keine große Sorge haben müsse, dürfe man sich "nicht in Sicherheit wiegen", ergänzte Monika Bunk.

Da die Entwicklung durch einen im Internet entfesselten Hass und die Hetze "von Björn Höcke und Konsorten" stetig angeheizt werde, ist es in den Augen von Monika Bunk ein völlig falsches Signal, wenn der Staat die

Mittel für eine Organisation wie Exit kürzt, die Neonazis unterstützt, die aus dem Rechtsextremismus aussteigen wollen: "Da sehe ich den Staat schon sehr in der Verantwortung. Schöne Worte allein nützen nichts!"

Kommentare